

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

17.1.1891 (No. 16)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 17. Januar.

№ 16.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung. Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige Briefe und Gelder frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Januar.

Die in Boulogne s. M. zwischen den irischen Abgeordneten O'Brien und Parnell erzielte Verständigung dürfte sich nicht nur auf die Verwendung der in Paris hinterlegten Parteigelber, sondern auch auf die Führerschaft der Partei bezogen haben. Das Organ Parnells in Dublin theilt mit, Parnell habe eingewilligt, von der Führung zurückzutreten. In Einklang damit steht eine telegraphische Mittheilung Healy's an die „Ball Mall Gazette“, daß O'Brien Parnells weitere Führung der Partei ebenso wie er, Healy selbst, für unmöglich halte. Wenn also eine Wiedervereinigung der beiden irischen Gruppen überhaupt noch möglich sein soll, so könnte sie nur in der Weise erfolgen, daß sowohl Parnell wie Mac Carthy auf eine führende Rolle verzichten und die Leitung der Partei einem Dritten überlassen. Es ist denn auch bereits ein Vorschlag in dieser Richtung gemacht worden: man hat in den letzten Tagen Dillon als künftigen Führer der wieder geeinten irischen Partei genannt. Dillon soll am Sonntag aus Amerika in Frankreich eintreffen. Es bleibt aber unentschieden, ob Mac Carthy und dessen Anhänger bereit sein würden, um den Preis des Rücktritts Parnells und der Wahl Dillons zum Parteiführer in den Schoos der irischen Partei zurückzutreten. Die Meinung liegt sehr nahe, daß, wenn Dillon auch der nominelle Führer ist, Parnell doch einen der Führerschaft sehr nahekommenen Einfluß in der Partei ausüben und daß außerdem Dillons Führerschaft nur ein Provisorium sein würde, nach dessen Ablauf Parnell auch offiziell wieder an die Spitze der Partei tritt. O'Brien wünscht offenbar, Parnell solle sich so lange einer aktiven politischen Rolle enthalten, bis die häßliche Angelegenheit der Frau O'Shea in Vergessenheit gerathen ist, und dann seine alte Führerrolle wieder einnehmen. Das ist aber durchaus nicht die Absicht Mac Carthy's, der nach dem Borgefallenen den endgültigen Rücktritt Parnells von der Parteileitung verlangt. Ob man über diesen Punkt zu einem Ausgleich gelangen oder ob die Spaltung der irischen Partei fortbauern wird, das dürfte sich erst nach der Rückkehr Dillons entscheiden.

Die Streitfrage bezüglich der Fischerei im Behringsmeer ist nun vor das Forum des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten gebracht worden. Wie aus Washington gemeldet wird, stellte am vorigen Montag im genannten Gerichtshof der Advokat Josef Choate aus New-York im Namen des Eigentümers des im Behringsmeer von dem amerikanischen Zollkutter „Kush“ im Jahre 1887 gekaperten Schooners „W. P. Hayward“ den Antrag, daß der Richter des Vereinigten Staaten-Districtsgerichts für das Territorium Alaska daran verhindert werde, zur Condemnirung und zum Verkauf des genannten Fahrzeuges zu schreiten. Gleichzeitig wurde der Gerichtshof davon verständigt, daß dieser Antrag mit der Ermächtigung des kanadischen Generalprokurators, Sir John Thompson, und mit Genehmigung der englischen Regierung gestellt werde. Diese Aktion der englischen Regierung scheint nicht erwartet worden zu sein. Der amerikanische Generalanwalt war sehr überrascht, als Herr Choate den Antrag stellte. In verschiedenen Kreisen Amerikas hat der Antrag bekanntlich große Verwirrung hervorgerufen und diese Verwirrung ist auch im Repräsentantenhaus zum Ausdruck gekommen. Nach einer Depesche aus Washington brachte der Deputirte Jackson (Tennessee) im Repräsentantenhaus eine Resolution ein, welche das Vorgehen Englands, die Entscheidung des obersten Gerichtshofes in Washington anzuzweifeln, scharf verurtheilt und als ein die Würde der Vereinigten Staaten beeinträchtigendes Verfahren erklärt. Worin das für die Würde der Vereinigten Staaten Kränke liegen soll, wenn der oberste Gerichtshof der Union angerufen wird, ist trotzdem nicht recht ersichtlich.

Deutschland.

* Berlin, 15. Jan. Am heutigen Morgen arbeitete Seine Majestät der Kaiser zunächst einige Zeit allein, darauf mit dem Kriegsminister und später mit dem Chef des Militärkabinetts. Nachmittags hörte Seine Majestät einen Vortrag des Ministers des königlichen Hauses und erschien darauf um 5 Uhr beim Kriegsminister, General v. Kallenberg-Stachau zum Diner.

Wie das Wolffsche Bureau hört, ist Seine Königl. Hoheit der Prinz Heinrich auf die Dauer von drei Wochen mit Wirkung vom 26. Januar an dem Marineoberkommando in Berlin attachirt worden. Damit befreit sich die vorgefesselt von uns aus der „Nationalztg.“ übernommene Meldung.

Der Großherzoglich badische Gesandte am hiesigen Hofe, Geheimrath v. Brauer, hat, wie der „Reichsanz.“ mittheilt, einen kurzen Urlaub angetreten.

Der „Nationalzeitung“ zufolge beschloß der Bundesrath in seiner heutigen Plenarsitzung, Seiner Majestät dem Kaiser die Ernennung des Staatssekretärs v. Dehlschlager zum Präsidenten des Reichsgerichts vorzuschlagen.

Bekanntlich ist die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin habe dem Fürsten Bismarck den Posten des mecklenburgischen Ministerpräsidenten angeboten, sowohl im „Reichsanzeiger“ wie in den „Mecklenburgischen Nachrichten“ für völlig grundlos bezeichnet worden. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärte darauf, die Bürgerschaft für die Wahrheit der Mittheilung habe ihr gegenüber der Straßburger Professor Ziegler übernommen, der neulich als Sprecher an der Spitze einer Abordnung dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh eine Adresse überreicht hat. Die „Straßburger Post“ ist dagegen von Professor Ziegler zu der Mittheilung ermächtigt worden, er habe die dementirte Nachricht nicht der „Frankfurter Zeitung“ eingehandelt, er habe überhaupt von dem ganzen Gerüchte erst gehört, als dasselbe in den Zeitungen besprochen wurde. Zu dieser Aeußerung des Professors Ziegler schreibt nun die „Frankfurter Zeitung“: „Vorläufig bemerken wir, daß das Schreiben des Herrn Professor Ziegler von einem Mitgliede unserer Redaktion, welches dessen Schrift kennt, als von ihm herührend anerkannt wurde.“ Es ist bis zu einer weiteren Aufklärung der Sache wohl anzunehmen, daß irgend Jemand die Handschrift des Straßburger Professors nachgeahmt und die Redaktion des Frankfurter Blattes mißgeführt hat.

Der mit der weiteren Vertretung des Kaiserlichen Gouverneurs Freiherrn von Soden in Kamerun beauftragte Kaiserliche Kommissar für Logo, Landgerichtsrath Zimmerer, ist vom Urlaub wieder in Kamerun eingetroffen und hat die Leitung der Gouvernementsgeschäfte übernommen.

Der „Kreuzztg.“ zufolge war heute in Abgeordnetenkreisen die bestimmte Nachricht verbreitet, der Präsident des Evangel. Oberkirchenraths, Hermes, habe sein Abschiedsgesuch eingereicht.

In der Kommission des Reichstags für die Zuckersteuervorlage wurde heute die Generaldebatte fortgesetzt. Es sprachen die Sozialisten Ulrich und Peine gegen jede Besteuerung des Zuckers; falls dieses Ziel nicht erreichbar wäre, würden die Sozialisten für die Anträge der Freisinnigen stimmen. Graf Chamare ist für Beibehaltung der Prämien. An der Debatte nahmen noch Graf Mirbach, der Abgeordnete Barth, sowie der Staatssekretär v. Malgahn Theil. Der Letztere erklärte die Beseitigung der Zuckersteuer aus finanziellen Gründen für unmöglich und betonte, daß Fabriken, die nur durch Prämien rentabel seien, keine Rücksicht verdienen. Morgen beginnt die Spezialdiskussion. Von der Kommission für die Novelle zur Krankenversicherung wurde heute der § 3a. (Ausschluß gewisser Arbeiterkategorien von der Versicherungspflicht) unverändert angenommen, der § 3b. (nach welchem Lehrlinge auf Antrag des Arbeitgeberes von der Versicherungspflicht auszuschließen sind) mit einem Zusatz, welcher auch Diensthöfen ausschließt. Die Verathung des § 4 wurde schließlich am morgen vertagt.

Von den Kommissionen des preussischen Landtags begann diejenige für die Gewerbesteuer die zweite Lesung. Sie nahm zur § 3 (Befreiung von der Steuer) mit 13 gegen 6 Stimmen einen Antrag Bachem an, nach welchem nur die landwirtschaftlichen Kreditverbände und die öffentlichen Versicherungsanstalten steuerfrei, dagegen ausschließlich gegenseitige Versicherungsanstalten zur Steuer heranzuziehen seien. Auch die Kommission für die Einkommensteuer begann die zweite Lesung. Sie erledigte den Abschnitt über die allgemeinen Grundsätze bis § 11. Ueber die §§ 1 und 6 blieb die Abstimmung ausgesetzt, von § 9 wurde die Definition des steuerpflichtigen Einkommens an die Subkommission verwiesen. Das übrige blieb unverändert. In der Kommission für die Landgemeindevorordnung wurde § 117, „Voranschlag des Gemeindehaushalts“, mit einer vom Abg. v. Rauchs vorgeschlagenen Abänderung angenommen, nach welcher ein obligatorischer Voranschlag nur für größere Gemeinden angeordnet wird. Bei § 118 wurde eine Abänderung desselben Abgeordneten angenommen, der zufolge der Passus: „die Haushaltrechnung ist binnen drei Monaten vorzulegen und die Einreichung der Rechnung erfolgt an den Gemeindevorsteher“, folgendermaßen abgeändert wird: „Die Feststellung der Rechnung erfolgt innerhalb drei Monaten nach der Vorlegung“. Die Bestimmung, nach welcher eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses dem Vorsitzen-

den des Kreisauusschusses zuzustellen ist, wurde gestrichen. Den Zusatzantrag des Abg. Dobrecht (nationalliberal), wonach dem Kreisauusschuß die Revision der Gemeindevorrechnungen obliegt, nahm die Kommission an. § 119 über die Kompetenz des Kreisauusschusses bei Rassendefekten und Zwangsvollstreckungen gegen Gemeinden, sowie der dritte Titel „Selbständige Gutsbezirke“ fand unveränderte Annahme.

Dem Reichstag liegt eine große Anzahl von Petitionen um Herabsetzung der telegraphischen Gebühren für Zeitungen vor. Dieselben werden in einer der nächsten Sitzungen der Petitionskommission zur Verhandlung kommen. Die in den Petitionen hervorgehobenen Gesichtspunkte, das öffentliche Interesse, welches mit einer schnellen und billigen Zeitungsberichterstattung verbunden ist, der erfolgreiche Vorgang vieler anderer Länder mit einer Herabsetzung der Zeitungstelegrammgebühren, die außerordentlich großen, ein Entgegenkommen wohl rechtfertigenden Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung aus den Zeitungen, finden in Abgeordnetenkreisen vollständige Würdigung. Dem fiskalischen Gesichtspunkte gegenüber wird geltend gemacht, daß eine Verminderung der Reichseinnahmen durch eine solche Vergünstigung keineswegs zu befürchten sei, da eine Herabsetzung der unbillig hohen Gebühren die Zeitungen zu einer noch weit umfassenderen Benutzung des Drahts veranlassen würde. Wie sich die Telegraphenverwaltung zu diesen Petitionen stellen wird, ist aber noch unersichtlich.

Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im sechsten Liegnitzer Wahlkreis (Zauer-Vollenhain-Landesdistrikt) wurde Landrath Nichthofen (deutschkonservativ) einstimmig gewählt.

In einigen Blättern war behauptet worden, die Eingabe, welche schlesische Weber im vorigen Frühjahr an Seine Majestät den Kaiser richteten, sei nicht zur Kenntniß des Monarchen gelangt. Der „Reichsanzeiger“ bezeichnet diese Meldung heute als völlig unrichtig; der Kaiser habe vielmehr anlässlich der betreffenden Eingabe eine eingehende Erörterung der Maßnahmen zur Verbesserung einer Besserung der Verhältnisse befohlen. Im Sommer und im Monat Dezember hätten gründliche Verathungen der Provinzialbehörden stattgefunden. Die schwierige Aufgabe, eine fleißige und gutartige, aber eben durch Gewohnheit und Entbehrung in ihrer Energie erschöpfte hausindustrielle Bevölkerung allmählig zu anderen Erwerbszweigen überzuführen, sei aber nur in einem längeren Zeitraum zu lösen. Uebertriebenen Schilberungen gegenüber sei zu betonen, daß die Lage der Weber im Culengebirge gegenwärtig nicht bedrohlicher als seit Jahrzehnten sei und daß ein dringender Nothstand nicht vorliege.

Nach einer Mittheilung aus Kamerun ist die am 2. Juni von Kriby (südliches Kamerungebiet) nach der Jaunde-Station abgegangene Handelskarawane der Hamburger Firma Janzen und Thormählen am 25. Dezember wohlbehalten an der Küste wieder eingetroffen.

Aus Casablanca (Marokko) wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben: „Um den fremden Kaufleuten und seinen eigenen Unterthanen die Wohlthaten nicht länger vorzuenthalten, die ihnen aus der infolge des deutsch-marokkanischen Handelsabkommens zum ersten Male ertheilten Erlaubniß zur Ausfuhr des Weizens und der Gerste erwachsen, hat der Sultan schon jetzt, ehe die Förmlichkeiten zur Ratifikation des deutsch-marokkanischen Handelsvertrages erfüllt sein können, den Zollbehörden der geöffneten Häfen Befehl gegeben, die Ausfuhr zu gestatten. Damit ist abermals ein großer Schritt geschehen und werden zugleich die böswilligen Ausstreunungen entkräftet, daß die marokkanische Regierung sich gegen die Vollziehung des Vertrags sträube. Das Land, dessen Reichthum in den Bodenerzeugnissen ruht und das im Stande ist, gutes Getreide reichlich zu liefern, wird, nachdem die Ausfuhr dieser wichtigen Artikel gestattet ist, naturgemäß auch selbst sehr viel kaufkräftiger werden, als es bisher war. Die marokkanischen Bauern haben bis jetzt nur gerade so viel gebaut, als sie zum eigenen Bedarf brauchten; den Ueberschuß reicher Ernten vergruben sie in den Boden, um ihn vor der Habgucht der Beamten zu verstecken. Dort vermoderte oft das werthvolle Getreide, das sie nunmehr nach Bewilligung der Ausfuhrerlaubnis in Geld umsetzen können.“

Straßburg, 15. Jan. Heute Nachmittag wurde die 18. Session des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen eröffnet. In seiner Eröffnungsrede hob der Statthalter Fürst Hohenlohe die günstige Finanzlage des Landes hervor; die erheblichen Ueberschüsse gewähren Mittel für Aufgaben der Landeskultur und für Eisenbahnen. Die Schuldenentilgung schreitet fort. Gesetzentwürfe werden angekündigt über die Fischerei, die Vor-

schafften, das Grundbuch und die Aufhebung der De-
nuziantenanteile. Zum Präsidenten wählte der Landes-
auschuß Dr. Schlumberger unter Akklamation wieder,
zum ersten Vicepräsidenten Faunz, zum zweiten Baron
Schauenburg. Alle Mitglieder bis auf vier waren in
der heutigen Sitzung anwesend.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Jan. Die Wiederaufnahme der Verhand-
lungen zwischen den deutschen und den österreichisch-
ungarischen Bevollmächtigten, die mit der Berathung
über einen neuen Handelsvertrag betraut sind, hat unter
günstigen Anzeichen begonnen. Allgemein wird anerkannt,
daß die besten Ansichten auf eine Verständigung vor-
handen sind, wenn man wohl auch einen raschen Abschluß
der Verhandlungen nicht erwarten kann. Auch ein Berliner
Brief der „Politischen Korrespondenz“ schließt sich dieser
Auffassung an; er betont, es sei in den Vertragsver-
handlungen mit Oesterreich nichts hervorzuheben, was
den Hoffnungen auf einen günstigen Abschluß zuwider-
laufen würde. Das „Fremdenblatt“ äußert sich heute
über die Verhandlungen folgendermaßen: „Die Rede des
Reichskanzlers v. Caprivi im deutschen Reichstage über
den Antrag betreffend die Aenderung des Zolltarifgesetzes
vom 15. Juli 1879, in Verbindung mit dem Antrag
betreffend die Ermäßigung der Kornzölle, beleuchtet nach
zwei Richtungen den Stand der eben wiederbegonnenen
Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oester-
reich-Ungarn. Der deutsche Kanzler gibt sich, gleich dem
Ministerpräsidenten Grafen Szapary beim Neujahrs-
empfang in Pest, der Hoffnung hin, daß die Verhand-
lungen mit Oesterreich-Ungarn zu einem beide Theile
befriedigenden Resultate führen werden. Aus diesem
Ausdruck der Hoffnung scheint hervorzugehen, daß das
bisherige Ergebnis der Verhandlungen in Pest wie in
Berlin einen günstigen Eindruck hervorgebracht hat, so
daß ein glücklicher Abschluß kaum mehr zweifelhaft er-
scheint. Ist dies wirklich der Fall, dann müssen die
Konzessionen, die, wie es scheint, Deutschland bereits be-
willigt worden sind, dort als hinreichend erkannt worden
sein und sich die Fortsetzung der Verhandlungen auf
andere Materien als den Zolltarif beziehen. Ob dies
unbedingt für alle Interessenten als ein erfreuliches Zeichen
zu gelten hat, wollen wir dahingestellt sein lassen, und
da das Ausmaß der Zugeständnisse nicht bekannt ist, läßt
sich auch deren Tragweite nicht ermessen. Der zweite
wichtige Punkt in der Rede des deutschen Reichskanzlers
betrifft die von der deutschen Regierung anerkannte Noth-
wendigkeit, „Sorge für die Erleichterung der Volksernäh-
rung zu tragen“, mit dem Hinweis auf die in Deutsch-
land eingeführten Maßregeln zur Erleichterung der Fleisch-
versorgung. Daraus geht wohl das Einbekenntnis hervor,
daß diese Nothwendigkeit kein eigentliches Kompen-
sationsobjekt für die Vertragsverhandlungen zu bilden
hat, daß dem Bedürfnisse nach billigem Fleisch und Brod
in Deutschland auch ohne einen Handelsvertrag früher
oder später würde entsprochen werden. Es läßt sich
aber gewiß nicht in Abrede stellen, daß Oesterreich-
Ungarn auch seinerseits ein lebhaftes Interesse hat,
diesen Zeitpunkt zu beschleunigen und durch sein Entgegen-
kommen dazu beizutragen, die widerstrebenden Parteien
in Deutschland in den neuen Kurs herüberzuführen.“ —
Von den gegenwärtig versammelten österreichischen Land-
tagen hat der niederösterreichische heute seine Thä-
tigkeit geschlossen. Seit dem Bestande dieses Landtages
war die diesmalige Session die längste, da sie genau drei
Monate gedauert hat. Es sind nun nach dem Schlusse
des niederösterreichischen Landtages nur noch zwei Land-
tage beizutragen, der tirolische und der böhmische. Der
böhmische Landtag setzte die Berathung der Vorlage
über den Landesulturrath unter fortgesetzten heftigen
Rundgebungen der Jungtschechen gegen den Ausgleich fort.
In der gestrigen Sitzung gab der Jungtscheche Eduard
Gregr wieder eine Probe seines guten Geschmacks, in-
dem er die Lage der Tschechen in Böhmen mit derjenigen
der Irländer verglich. Die armen Tschechen! Gregr
führte aus, was das „zur Vetelei und zum Elend
heruntergekommene“ Volk der Iren erreicht hat. Frei-
heit und Selbstständigkeit, das müsse auch das kräftige
und an Mitteln reiche Tschechenvolk erkämpfen. Oester-
reich sei den Tschechen gegenüber nicht stärker als das
mächtige Großbritannien Irland gegenüber. Mit Hin-
blick auf Kiegar sagt Gregr, daß die Iren auch ihren
Führer verlassen haben. Kein Landesulturrath könne
den tschechischen Landwirthen helfen, sondern nur der
Föderalismus, bei welchem das Land sein Geld für sich
verwenden könne. Dem Frieden mit den Deutschen im
Land müsse erst der Friede mit Oesterreich vorgehen.
Das centralistische System müsse fallen, dann wolle man
den Deutschen auf Grundlage der Gleichberechtigung den
Ausgleich bieten und damit eine maßlose Konzession ge-
währen. Heute trat der Jungtscheche Bajaty in die Fuß-
tapfen Gregrs. Er zog sich zweimal einen Ordnungsruf
zu, weil er sagte, daß die Tschechen ihr Recht mit der
Faust erkämpfen müssen und weil er die Loyalität der
deutschen Führer leugnete. Sein Parteigenosse Pobligni
erklärte unter dem Beifall der Galerien, die Geduld des
Tschechenvolkes kenne auch ihre Grenzen, und es sei das
Glück der Mächte, daß das Volk sich seiner Macht
nicht bewußt zeige. Das Tschechenvolk wolle keinen Aus-
gleich, sondern seinen gekrönten König. Um die böhmi-
sche Königskrone zu erlangen, sind die Herren gerade
auf dem rechten Wege.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Der Senat nahm heute die Bureau-
wahl vor und wählte mit 168 von 176 abgegebenen
Stimmen den Senator Le Royer zum Präsidenten wieder.
Als Vicepräsidenten wurden Barbois und Challemel-
Lacour gleichfalls wiedergewählt, die bisherigen Viceprä-

sidenten Magnier und Humbert wurden dagegen durch
Merlin und Demolle ersetzt. — Die Deputirten-
kammer ergänzte heute ihr Bureau durch die Wahl
Spullers zum Vicepräsidenten. Nachdem das Bureau
vollständig gebildet war, übernahm Floquet als erster
Präsident den Vorsitz mit der üblichen Rede über die
Aufgaben der Kammer. Floquet dankte der Kammer für
seine Wiederwahl, die ihm allerdings größere Pflichten
als je auferlege, da in den Berathungen der Kammer
eifrige Thätigkeit, Ordnung und planmäßige Arbeit herr-
schen müßten. Die Kammer habe schon mehrere wichtige
Fragen und vor allem eine Reihe von Gesetzen für
die Heereseinrichtungen erledigt, die ein Zeugnis von
der beständigen Sorge der Kammer für die Armee Frank-
reichs seien. Die künftigen Arbeiten der Kammer würden
zum größten Theil Zollfragen betreffen. Der Weg, den
man vor sich habe, sei lang und schwierig, aber man
könne ihn mit fester Zuversicht betreten, sichtbar unter-
stützt durch die Empfindungen des Volkes, die sich in den
Senatswahlen und dem Erfolge der Anleihe so deutlich
gezeigt hätten. Floquet schloß mit den Worten, die Re-
publik wisse zu siegen, gebrauche aber ihren Sieg nur
zum Nutzen derjenigen, welche der Gerechtigkeit und des
sozialen Friedens bedürfen. Zunächst habe man die innern
Feinde der Republik niederzuhalten und alle französischen
Patrioten zu vereinigen. Das Haus vertagte sich nach
der beifällig aufgenommenen Rede Floquets bis zum
nächsten Samstag. — Heute Nachmittag fand unter zahl-
reicher Theilnahme die Verdringung des ehemaligen
Seinepräsidenten Baron Hauffmann mit militärischen
Ehren statt. Der Leichwagen war reich mit Kränzen
geschmückt. Unter den Theilnehmern befanden sich zahl-
reiche angesehene Persönlichkeiten der kaiserlichen Partei.
Die Beisetzung erfolgte auf dem Père Lachaise, wo von
Seiten des imperialistischen Komite's Fahnen entfaltet
wurden. — In der Presse dauert der Streit über
die angebliche Maßregel des Kriegsministers,
daß im Hinblick auf die geplante Abänderung der Pariser
Ringmauern die Gesetze über Militärservituten vom 1.
Januar an nicht mehr anzuwenden seien, fort. Wir
haben gestern darauf bezügliche Äußerungen des „Jour-
nals des Débats“ wiedergegeben. Das „Journal des
Débats“ möchte aus der Angelegenheit am liebsten eine
große Verfassungsfrage machen. Es scheint aber, daß
das Blatt sich von seinem alten Grolle gegen Herrn
v. Freycinet zu weit hat hinreißen lassen. Das „Echo
de Paris“ meldet nämlich heute, Freycinet habe zwar
angeordnet, gegenüber den den Befestigungswerken be-
nachbarten Grundbesitzern wohlwollend vorzugehen; er
habe jedoch keineswegs befohlen, daß die Gesetze über
die Militärservituten nicht mehr anzuwenden seien. Steht
die Sache derartig, so ist in den Erörterungen des
„Journal des Débats“ überflüssiger Weise Tinte ver-
schwendet worden. — Die Lyoner Handelskammer hat
eine Petition an die Regierung gerichtet, in der sie aus-
führt, daß die französischen Seidenfabriken und alle
darin beschäftigten Arbeiter — etwa 300 000 — durch
irgendwelchen Zoll auf ausländische Seide schwer
geschädigt würden. Zugleich wird die Regierung dringend
ersucht, bei der Zollkommission der Kammer dahin zu
wirken, daß alle gegen diese große und der Sorgfalt
der Regierung würdige Industrie gerichteten schädlichen
Pläne aufgegeben würden. — Nach den letzten Depeschen
aus Madrid unterliegt es kaum noch einem Zweifel, daß
die spanischen Behörden sich geirrt haben, als sie glaubten,
den Mörder des Generals Seldershoff entdeckt zu haben.
Der in Not Verhaftete soll, wie mit Bestimmtheit er-
klärt wird, Padlewski nicht sein. Auf die Frage, wer
es dann eigentlich ist, gibt ein Pariser Berichterstatter
der „Köln. Ztg.“ folgende Antwort: „Wie ich bestimmt
versichern kann, ist der angebliche Padlewski in Not ein
gewisser Leopold Gaberg, ein belgischer Deserteur, der
sich für einen früheren Redakteur des „Gaulois“ aus-
gibt, aber nie Journalist gewesen ist. Gaberg hat zahl-
reiche Schwindelacten unter verschiedenen Namen begangen.
Nachdem er seine Strafe abgeleistet hatte, trat er in die
Fremdenlegation, aus der er ausgestoßen und an die spani-
sche Grenze gebracht wurde.“ — Abgeordneter Dé-
roulède hat eine Broschüre: „Abrüstung“, veröffentlicht,
in welcher er darlegt, daß Frankreich die Waffen nicht
niederlegen könne. Uebrigens soll Herr Déroulède sehr
entnützlich von Ferry zurückgekommen sein und sich ent-
schlossen haben, die Politik ganz zu verlassen und nur
der Literatur sich zu widmen. Die arme Literatur!

Amerika.

Washington, 15. Jan. Der Indianerkrieg geht,
nach den letzten Mittheilungen aus Pine Ridge zu schließen,
seinem Ende entgegen. Mehrere Indianerhäuptlinge trafen
gestern in Pine Ridge ein und berieten mit dem General
Wiles. Es heißt, daß ein Einvernehmen erzielt wurde
und daß die Rothhäute ihre Unterwerfung anboten. Ge-
neral Wiles bewilligte den Häuptlingen mehrere Tage
zur Einlösung ihrer Versprechungen und sandte ihnen
Lebensmittel in das Lager. — Der Senat hat heute
das Gesetz über die freie Silberausprägung mit 39 gegen
27 Stimmen angenommen. Nach einem vom Senate
gebilligten Abänderungsantrage des Senators Vest ist
die Münzeinheit in den Vereinigten Staaten der Dollar
mit 412 1/2 Gran Silber gefleglichen Feingehalts oder
259 1/10 Gran Gold gefleglichen Feingehalts. (Ueber zwei
andere Abänderungen der Vorlage, nach denen die freie
Silberausprägung auf das in den Vereinigten Staaten
produzierte Silber mittelst Auflage einer Steuer auf aus-
ländisches Silber beschränkt wird und die Bestimmungen
über die Ausgabe zweiprozentiger Obligationen und den
Ankauf von 12 Millionen Unzen Silber zum Tageskurs
durch das Schatzamt wegfallen, ist schon in der vorigen
Nummer ds. Bl. berichtet worden.) — In Chile ist die

Lage fortwährend eine kritische. Die chilenische Armee
hält zur Regierung; zu Lande finden keine Unruhen statt;
die Marine behauptet dagegen ihre dem Präsidenten
Balmaceda feindliche Haltung. Die Behörde von Iquique
zeigte den Kohlenhändlern an, daß sie innerhalb 24 Stun-
den die Ladung lösen müßten. Kaum war die Frist
abgelaufen, da füllte das Kriegsschiff „Cochrane“ einen
Theil der Ladung des Dampfers „Santiago“. Die chi-
lenische Schiffsfahrts-Gesellschaft stellte ihre Fahrten ein.
Die Telegraphenlinie von Valparaiso nach dem Norden
ist unterbrochen.

Zeitungsstimmen.

Ueber die Wirkung des Alters- und Invaliditätsgesetzes
schreibt die „Kölnische Zeitung“: „Das „bische“
Renten, welches den Arbeiterinvaliden schon jetzt sofort nach
Inkrafttreten der Invaliditäts- und Altersversicherung zukommt,
wird doch nicht so verächtlich, wie die demokratischen und sozial-
demokratischen Pressen es voraussetzten, abgelehnt. Im
Gegentheil beilehen sich die Rentenberechtigten, ihre Ansprüche
anzumelden, und so sind allein in der Provinz Schlesien acht
Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes über 300 Anträge von
Arbeitern über 70 Jahre eingebracht worden und die Zahl der
Anträge mehrt sich täglich. Die Versicherung umfaßt a ge-
wärtig etwa 12 Millionen Verthe, und über 120 000 Personen
werden bereits im laufenden Jahre Altersrente beziehen. Die
Beiträge werden von Anfang an ohne den Reichszuschuß etwa
120 Millionen Mark jährlich betragen. Davon aber werden
vorausichtlich die Arbeitgeber mindestens die Hälfte aus eigenen
Mitteln zahlen. Was die Leistungen der Arbeitgeber für die
Arbeiterversicherung überhaupt betrifft, so sind für die Kranken-
und Unfallversicherung zusammen im Jahre 1888 schon mehr als
100 Millionen Mark Beiträge gezahlt worden, von denen auch
die reichliche Hälfte den Arbeitgebern zugefallen ist. Im Jahre
1891 also werden die Unternehmer insgesamt mindestens 120
Millionen beizusteuern haben.“

Der „Schwäbische Merkur“ schreibt unter dem Titel:
„Der Reichstag und die landwirthschaftlichen Böden:“ „Der
Reichstag unterzieht die sozialdemokratisch-deutschfreimüthigen
Anträge auf Abschaffung oder Ermäßigung der Lebensmittelpölle
einer außerordentlich gründlichen Berathung. Zwei Tage, Dienstag
und Mittwoch dieser Woche, sind schon darauf verwendet, heute,
Donnerstag, wurde die Berathung fortgesetzt und morgen soll
eine von den Freunden dieser Böden beantragte namentliche Ab-
stimmung stattfinden. Man braucht auf das Ergebnis dieser
Abstimmung kaum mehr gespannt zu sein. Schon die bisherige
Verhandlung hat aufs unabweisbarste ergeben, daß in dem
gegenwärtigen Reichstag eine sehr bedeutende Mehrheit vorhanden
ist, welche an den bestehenden landwirthschaftlichen Böden fest-
halten will und sie als überwiegend nützlich anerkennt. Von den
beiden konservativen Fraktionen hand dies von vornherein fest-
steht. Die liberalen Fraktionen sind in dieser Frage auf dem
äußeren Standpunkt stehen. Aber fast noch weiter
ging der Vertreter des Zentrums, v. Schallala. Auf demselben
Standpunkt stehen natürlich die Polen. Das ergibt allein schon
eine Mehrheit gegen die Ermäßigung oder gar Aufhebung der
landwirthschaftlichen Böden; dazu kommt, daß auch ein Theil der
nationalliberalen Fraktion, als deren Wortführer Wahl auftrat,
zum mindesten im gegenwärtigen Augenblick einen Festhalt gegen
diese Böden für schädlich und verfehlt hält. Es ist bitterer Hohn,
daß der unter dem Kampfeskrei gegen die Lebensmittelver-
theuerung gewählte Reichstag eine sehr bedeutende Mehrheit für das
Fortbestehen der landwirthschaftlichen Böden aufweist, als irgend
ein früherer. Durch die Festhaltung dieser Thatsachen haben die
Antagisten ihren Bestrebungen keinen Dienst erwiesen. Sie
wird die Regierung nicht ermühen, mit Vorbehalt in dieser
Richtung hervorzutreten, und für die Handelsvertragsverhand-
lungen mit Oesterreich-Ungarn, bei denen bekanntlich die land-
wirthschaftlichen Böden eine hervorragende Rolle spielen, kann die
öffentliche Darlegung dieser Stimmung im Reichstag nicht förder-
lich sein. Ein Handelsvertrag, der bedeutende Ermäßigungen
dieser Böden enthält, könnte leicht auf ernsthafte Schwierigkeiten
im Reichstag stoßen.“

Die „Independance Belge“ hat sich in einer ihrer
jüngsten Nummern durch einen „Spezialkorrespondenten“ aus
Wien nachsehende sensationell klingende Meldung angeben lassen:
„Ich erfahre, daß ganz kürzlich eine geheime Konvention von
dem Wiener Kabinett bezüglich der eventuellen Okkupation von
Salonik abgeschlossen worden ist. Dieser Konvention zufolge
verpflichtet sich England, der Besitznahme des großen macedoni-
schen Hafens durch Oesterreich eventuell keinen Widerstand
entgegenzusetzen. Bis in die letzte Zeit waren die Pläne Oester-
reichs bezüglich dieses Punktes auf die Feindseligkeit Englands
geflohen. Es ist unbekannt, welche von Oesterreich angebotenen
Kompensationen das Londoner Kabinett zur Nachgiebigkeit be-
wogen haben. Man vermutet, daß diese Kompensationen in
der England von Oesterreich verprochenen rüchstandslosen Unter-
stützung seiner Politik in der Türkei, in Armenien und in Egypten
behehen.“ Dieser Meldung gegenüber schreibt das Wiener
„Fremdenblatt“: „Das Brüsseler Blatt hat die Meldung für so
glaubwürdig gefunden, daß es keinen Anstand genommen hat,
dieselbe mit einem an der Spitze des Blattes postirten eingehen-
den Leitartikel bei seinen Lesern einzuführen und durch weitere
Erörterungen zu amplifizieren. Der „Spezialkorrespondent“ der
„Independance Belge“ scheint hier offenbar das bedauerenswerthe
Opfer eines etwas plumpen Scherzes geworden zu sein, nach es
ist nur zu verwundern, daß ein so bedeutendes und ernstes Blatt,
wie die „Independance Belge“, mit in die Falle gehen konnte,
diese Nachricht, welche alle Einzelheiten eines angeblichen „ge-
heimen“ Vertrages aufzählt, ernsthaft zu nehmen und, mit ein-
gehenden Kommentaren ausgestattet, weiter zu verbreiten.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Januar.

Gestern Abend empfing Seine Königliche Hoheit der
Großherzog noch den Staatsminister Dr. Turban und
darnach den Gehandten Geheimrath von Brauer. Heute
Vormittag nahm Höchstselbe einen längeren Vortrag
des Staatsraths Eisenlohr entgegen und erteilte ver-
schiedenen Personen Audienz. Nachmittags 3 Uhr 40
Minuten ist Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog
in Begleitung des Hauptmanns Dürr nach Freiburg zu-
rückgekehrt. Darnach hörte Seine Königliche Hoheit der
Großherzog den Vortrag des Legationsraths Dr. Frei-
herrn von Babo und empfing den Flügeladjutanten Oberst-
lieutenant Müller.

(Berlobung.) Wie wir vernehmen, hat sich der Großgesandte am Königlich preussischen Hofe, Herr Geh. Rath v. Brauer, mit Fräulein Carola v. Holzina, Tochter des Oberstaatssekretärs und der Oberhofmeisterin v. Holzina, verlobt.

(Gewerbeverein.) In der letzten Monatsversammlung hielt Herr Aug. Creutzbauer, cand. jur., einen sehr klaren Vortrag über die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber, welcher mit vielem Beifall aufgenommen worden ist. Der Vereinsvorstand, Herr Fabrikant E. Schmidt, brachte sodann den Erlaß vom 16. November 1890 des Groß. Ministeriums des Innern, betreffend die Befugnisse der Handlungsreisenden und den Gewerbebetrieb im Umherziehen, zur Sprache und wurde beschlossen, eine weitere Beschränkung der Befugnisse der Detailreisenden und Hausierer, als im Widerspruch mit der Gewerbetreibendensfreiheit stehend, nicht zu befürworten. — Von der hiesigen Handelskammer wird telephonische Verbindung von Karlsruhe mit Frankfurt, Mannheim, Bruchsal und Freiburg angestrebt und den Gewerbevereinsmitgliedern empfohlen, ihr Interesse für diesen Fortschritt durch Unterzeichnung der betr. Petition zu betätigen. Man erklärte sich auch hiermit einverstanden und bestonte, daß es höchst wünschenswert wäre, in Karlsruhe einige öffentliche Fernsprechstellen zu errichten, wie auch den Abonnementpreis für die Telephonbenützung innerhalb des Stadtbezirks herabzusetzen, indem der Beitrag von jährlich 150 Mark noch viele abschreckt. sich der gewis vorteilhaften Einrichtung anzuschließen.

(Vortrag.) Am Samstag, den 18. d. Mts., Abends 6 Uhr, wird Herr Professor Thoma hier im großen Rathhause einen Vortrag über „Die Wohnungsfrage als fittlich-soziale Frage“ halten, wozu der Vorstand des Evangelischen Bundes Jedermann den Zutritt gestattet und in diesem Sinne eingeladen hat.

(Schwurgericht.) Die drei gestern verhandelten Anklagesachen, deren Ergebnis wir noch in der letzten Nummer dieses Blattes mittheilten, hatten wiederum Pressebegehren zum Gegenstand und war auch der Anklage wieder einer der vorgehenden abgeurtheilten Angeklagten der hier erschienenen Ausgabe des sozialdemokratischen „Volksfreund“, früher „Südwestdeutschen Volksblattes“, Wilhelm Teufel, 26 Jahre alt, gebürtig aus Weitingen, hier wohnhaft, zuerst Schriftsetzer in der hiesigen Druckerei des Blattes, dann verantwortl. zeichnender Redakteur desselben. Als Vorklageder fungierte Herr Landgerichtsdirektor Rauch, als Ankläger Herr Erster Staatsanwalt Gruber, als Verteidiger die Herren Anwälte Dr. Friedberg, Dr. Sanders und Guttenhein. Die erste Anklage hat zwei Artikel in den Nummern 146 und 148 des oben genannten Blattes „Wittlicher Boycott“ und „Der geistliche Kampf gegen die Sozialdemokratie“ zur Unterlage, in welchen der hiesige Stadtkommandant, Herr Generalmajor v. Brösigke, mit Beziehung auf seinen Beruf als beleidigt erscheint; es wurde darin das für Soldaten ergangene Verbot des Besuchs von Wirtschaften und Geschäftsetablissemens, deren Inhaber der sozialdemokratischen Partei angehören, in abfälliger Weise besprochen. Im zweiten Fall kamen angebliche Vorkommnisse gelegentlich der Reserve- und Landwehrcorps beim Infanterieregiment v. Lohow Nr. 25 im vorigen Herbst in ähnlicher Weise zur Sprache, was den Strafantrag wegen Beleidigung der bei der Uebung beteiligten Offiziere und Unteroffiziere zur Folge hatte. Die dritte Anklage hatte einen Artikel der Nummer 150 zum Gegenstand: „Amerikanische Verdrängung — Neueste Sensation“ und zwar war dieselbe wegen durch diesen Artikel begangener Beleidigung seiner Majestät des Kaisers erhoben. In allen drei Anklagepunkten sprachen die Geschworenen ihr Schuldig aus, worauf Teufel zu einer Haftstrafe von 9 Monaten, mithin im Ganzen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

9. Fall. Anklage gegen den 51 Jahre alten Eisenhändler Karl Schmidt von Auerbach wegen Brandstiftung und Diebstahls. Den Vorsitz führte Herr Landgerichtsrath Dürr, als Ankläger fungierte Herr Staatsanwalt Arnold, als Verteidiger Herr Rechtsanwalt Dr. Vins. Schon mehrfach wegen Brandstiftung vorbestraft, das letzte Mal vom Schwurgericht Stuttgart mit 3 Jahren Zuchthaus, hat sich Schmidt heute wegen einer am 25. November im Rannewirthehaus zu Durlach verübten Brandstiftung und eines zum Nachtheil des Wirths Theodor in Mannheim verübten Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte, der im Ganzen fast 20 Jahre bereits im Zuchthaus gefesselt hat, ist auch dieser Thaten geständig; die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, worauf der Gerichtshof auf 8 Jahre 1 Monat Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, sowie Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannte.

10. Fall. Anklage gegen den 20 Jahre alten Fabrikarbeiter Franz Josef Wielandt von Reichenthal wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Die Anklage vertrat Herr Staatsanwalt Hübsch, Verteidiger war Herr Anwalt Gutmann. Die Anklage legt dem Angeklagten zur Last, daß er am 26. Dezember v. J. den Roman Weiler von Reichenthal mit einem Messer derart verletzt habe, daß dessen Tod eintrat. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, worauf Wielandt zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

11. Fall. Unter Anschluß der Öffentlichkeit wurde heute Mittag die Anklage gegen Andreas Braun, 44 Jahre alt, von Forzheim wegen Sittlichkeitsverbrechens verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlung, in welcher Herr Staatsanwalt Dölter als Ankläger, Herr Anwalt Grumbacher als Verteidiger fungierte, war die Verurtheilung des Braun zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, und 3 Jahren Ehrverlust.

8. Forzheim, 15. Jan. (Vortrag. — Städtisches.) Letzten Montag hielt Fräulein Eln Lorbach im „Kaufmännischen Verein“ einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Ungarische Dichter und Dichtkunst im Allgemeinen“. Rednerin, welche geborene Ungarin ist, begann ihren Vortrag mit der Schilderung der früheren Zustände Ungarns, welche infolge der andauernden, von den Türken erlittenen Bedrücknisse ein Aufblühen der Kultur gegenüber andern europäischen Ländern dort nur spät aufkommen ließen. Eine eigentliche ungarische Nationalliteratur sei erst von 1790 an begonnen und gelangte zur vollen Entwicklung nach dem Jahre 1848. Als die führenden literarischen Größen Ungarns wurden unter Andern Petöfi und Zolai genannt. Nachdem auf die Erzeugnisse einzelner Dichter und Schriftsteller näher eingegangen worden war, trug die Dame eine größere Anzahl ungarischer Dichtungen vor, welche sehr ansprachen. — Durch Beschluß des Stadtraths wird die Verwendung der Sparkassenüberschüsse vom Jahre 1889 dem Bürgerausschuß in folgender Weise zur Zustimmungsertheilung vorgelegt: für das Gymnasium 5000 M., für die Realschule 10000 M., für die erweiterte Volksschule 15000 M., für die Töchterschule 6000 M., für die Gewerbeschule 6000 M., für den Volksbad-

fund 10000 M. und für die Volksbibliothek mit Lehrsälen der Rest mit 21547 M. 61 Pf. — Behufs Förderung der Befegung der hier erledigten Grund- und Pflanzbuchführerstelle beantragt der Stadtrath die Bewilligung der Pensionsberechtigung des Anzuleitenden.

Verschiedenes.

* Hamburg, 15. Jan. (Dr. Anton Ree) ist im Alter von 76 Jahren hier verstorben. Derselbe gehörte 1867 dem konstituierenden Reichstag als Mitglied der Fortschrittspartei an, von 1881 bis 1884 vertrat er den 3. Hamburgischen Wahlkreis. Um das Hamburger Schulwesen hat sich der Verstorbene, der ein ausgezeichneter Pädagoge war, große Verdienste erworben; bis vor mehreren Jahren hatte Dr. Ree die Stiftungsschule von 1815 in Hamburg geleitet und dieselbe zu einer Musteranstalt gemacht.

W. Hamburg, 15. Jan. (Gründung der Schiffsahrt.) Drei seewärts bestimmte Dampfer mußten umkehren, weil das Eis sich gefest hat, was seit langen Jahren nicht der Fall war.

W. Dresden, 15. Jan. (Verkehrskontrolle.) Alle Eisenbahnzüge in der Richtung Dresden haben wegen Schnees große Verspätungen. Heute Nachmittag war hier anhaltendes Schneetreiben.

* Wien, 15. Jan. (Anlässlich der heutigen Grillparzer-Feier) legten Deputationen zahlreicher Vereine Kränze am Denkmal des Dichters im Volksgarten nieder. Der im Festsaal der Universität veranstalteten Feier wohnten der Rektor und der Akademische Senat in Amtstracht bei; Professor Minor hielt die Festrede. Nachmittags wurde die Grillparzer-Ausstellung im Rathhaus mit einer Rede des Bürgermeisters Briz eröffnet. Der Grillparzer-Verein legte auf dem Grabe Grillparzers in Diegingen einen prachtvollen Vorbeerkranz nieder. Die roth-weißen Atlas-schleifen tragen in Goldbletern folgende Widmung: „Oesterreichs größtem Dichtergenius — die Grillparzer-Gesellschaft“. Auch die Gemeinde Wien, sowie das Kuratorium der Schwestern Fräulein-Stiftung legten Kränze auf dem Grabe des Dichters nieder. Gestern Abend hatte im großen Musikvereinssaale die Grillparzer-Gesellschaft eine Feier veranstaltet, bei welcher die ersten Bühnenkünstler Wiens mitwirkten. Sabilion hielt die von Baron Berger verfasste Festrede.

N.A. Moskau, 15. Jan. (In dem Prozesse) wegen der großartigen Unterschleife in der ehemaligen Sibiratom Sibirischer Agrarbank wurden vier Angeklagte zur Deportation nach Sibirien verurtheilt, vier andere wurden freigesprochen. Die Civilforderung in Höhe von mehr als eine Million wurde vom Gerichte anerkannt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 16. Jan. Der Reichstag setzte heute die Verhandlung über die Anträge Auer und Richter fort. Schulze (Sozialist) behauptete, im Reichstag sei kein wirklicher Bauer; seine Partei werde sich deshalb der Sache annehmen und ein Duzend Bauern herbeischaffen. (Diese Aeußerung ist bemerkenswerth als unverblühte Ankündigung einer härteren sozialdemokratischen Agitation unter der ländlichen Bevölkerung.) Abg. v. Mirbach erklärte, den Freisinnigen schwebte das Ziel vor, die Grundbesitzer durch Herabsetzung der Getreidepreise zu expropriieren. Wollte man der Landwirtschaft wirklich helfen, so müsse man hohe Holzölle schaffen. Frhr. v. Pfetten-Arnabach (Zentrum) sprach gegen die Anträge. Nach diesen Reden wurde der Schluß der Debatte angenommen. Schumacher erklärte, die Sozialisten würden für den Antrag der Freisinnigen stimmen. Richter verwahrte sich gegen den Vorwurf, grundsätzlich Opposition zu treiben. Er sei kein Gegner der Landwirtschaft. Der Redner wiederholte seine frühere Erklärung, er lasse sich nicht das Recht nehmen, das jetzige Verhalten des Fürsten Bismarck zu kritisieren.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstags für die Zuckerrückfrage begann heute die Spezialdebatte der Vorlage. Bei § 1 (inländischer Rübenzucker unterliegt einer Verbrauchsabgabe) sprachen Döckelhäuser und Wenda gegen, Witte für den Regierungsvorschlag; Graf Stolberg erklärte, für die Vorlage in der Voraussetzung zu

stimmen, daß eine feste Prämie angenommen werde. Der Staatssekretär Frhr. v. Malshahn erklärte, die Regierung wünsche, daß die Materialsteuer falle, ein finanzielles Plus gesichert werde und daß erfüllbare Uebergangsbestimmungen geschaffen werden. Der (frei.) Abg. Dohrn, welcher selbst eine Zuckerraffinerie besitzt, erklärte, seine Fabrik habe festgestellt, daß sie auch nach Annahme der Vorlage selbst den französischen Fabriken gegenüber konkurrenzfähig sei. Hoffmann (nat.-lib.) und Mirbach sprachen für den Paragraphen, Mirbach unter dem Vorbehalt einer Garantie für genügende offene Exportprämie. Der § 1 wurde darauf mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen.

Brüssel, 16. Jan. Die Regierung beschloß, zwei Klassen Militärruppen einzukerkern für den Fall, daß es bei der Agitation für die Verfassungsrevision irgendwie zu Unruhen käme.

Konstantinopel, 16. Jan. Der Sultan machte den drei ältesten Söhnen des Kaisers Wilhelm drei kleine arabische Pferde zum Geschenk.

Washington, 16. Jan. Nach einem Telegramm des Generals Miles ist das ganze indische Lager, 4000 Personen stark, gestern in Pine Ridge eingetroffen, um die Unterwerfung anzubieten. Die Indianer lieferten ihre Waffen aus. Zwar dürfte es noch geraume Zeit dauern, bis die Unterwerfung der Indianer vollständig ausgeführt ist, aber der Indianerkrieg ist als beendet anzusehen.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 18. Jan. 11. Ab.-Vorh.: „Der Trompeter von Säckingen“, Oper in 3 Aufzügen nebst einem Vorspiel. — Mit autorisierter theilweiser Benützung der Idee und einiger Originallieder aus J. Viktor v. Scheffels Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor E. Kessler. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 20. Jan. 12. Ab.-Vorh.: Zum erstenmale wiederholt: „König Ottokars Glück und Ende“, Trauerspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag, 22. Jan. 13. Ab.-Vorh.: Zur Feier von Lessings Geburtstag: „Emilia Galotti“, Trauerspiel in 5 Akten von G. E. Lessing. Anfang 1/2 7 Uhr.

Freitag, 23. Jan. 14. Ab.-Vorh.: „Lucia von Lammermoor“, Oper in 3 Aufzügen von Salvatore Cammarano. Musik von G. Donizetti. Anfang 1/2 7 Uhr.

Sonntag, 25. Jan. 1. Vorh. außer Ab.: „Die Walküre“ in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr. Vormerklungen zu dieser Vorstellung werden von Montag den 19. d. M., Vormittags 8 Uhr an, angenommen.

Zu Baden, Mittwoch, 21. Jan. 14. Ab.-Vorh.: „Eine halbe Stunde im Pfarrhause“, Lustspiel in 1 Akt von Wihl. Harder. — Lang. — Neu einstudirt: „Gleich und Gleich“, Lustspiel in 2 Akten von Moritz Hartmann. Anfang 1/2 7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 12. Jan. Karl Wilhelm Eagen, B.: Hermann Gaudier, Ingenieur. — Ernst, B.: Christof Scharpf, Lagobner. — Ernst Albert, B.: Franz Bau, Schuhmann. — 13. Jan. Mina Anna, B.: Karl August Beder, Bremser. — 14. Jan. Karl Friedrich, B.: Karl Hedlinger, Küfer. — Michael, B.: Matthias Vogel, Fabrikarbeiter.

Todesfälle. 13. Jan. Sebastian Herold, Bwv., Bahnwart a. D., 76 J. — 14. Jan. Albert, 8 M., 21 T., B.: Andr. Vogt, Kutscher. — 15. Jan. Johanna, 2 J., B.: Joh. Wagner, Werkführer. — Elise Vogt, ledig, 47 J. — Josefina, 7 M., 19 T., B.: Franz Bischof, Gipsermeister.

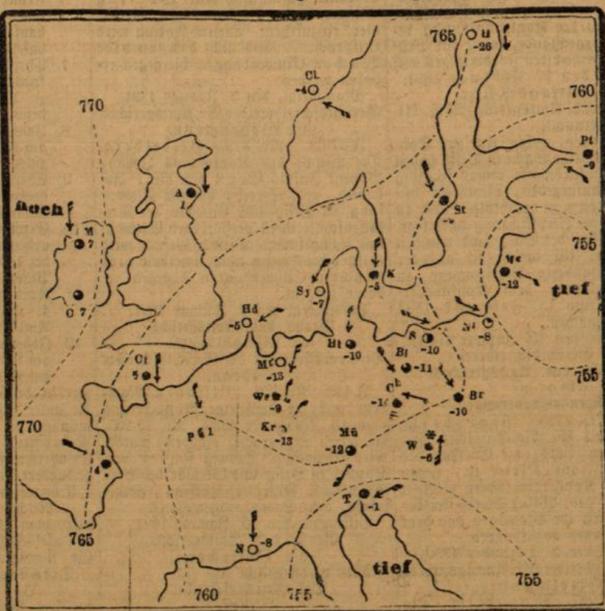
Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Therm.	Wind.	Relative Feucht.	Wind.	Wolkl.
15. Morgs. 9 U.	754.1	-5.2	2.2	71	NE	w. wolflig
16. Morgs. 7 U.	750.2	-12.2	1.7	100	„	bedeckt
16. Morgs. 2 U.	747.9	-6.4	1.9	69	„	wolflig

Wasserstand des Rheins. Magaz., 16. Jan., Morgs., 274 m. gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 16. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das barometrische Maximum, dessen Kern noch über Island lagert, hat sich seit dem Vortage nach Nordosten und über Skandinavien ausgebreitet, hat aber bedeutend an seiner bisherigen Höhe verloren. Fläche Minima liegen über Bessarabien und über der Adria. In Deutschland ist meist Aufklaren erfolgt und der Frost hat infolge dessen stark zugenommen. Im Westen und Nordwesten des Erdtheils herrscht dagegen verhältnismäßig mildes Wetter.

Frankfurter telegraphische Kurserichte

vom 16. Januar 1891.

Staatspapiere.	Deutsche Bank	159.60
4% Deutsche Reichs.	Dresdener Bank	156.—
anleihe	„	106.80
4% Preuss. Konf.	Schw. Nordostb.	138.80
4% Baden in fl.	„	102.—
4% „ in M.	„	104.—
Deherr. Goldrente	„	96.40
Silber.	„	81.—
4% Ungar. Goldr.	„	92.40
1880r. Russen	„	97.90
11. Orientanleihe	„	77.90
Italiener compt.	„	92.50
Egypter	„	97.60
Spanier	„	75.90
Holl.-Türken	„	92.40
5% Serben	„	89.30
Banken.	„	272.40
Kreditaktien	„	213.—
Disconto-Kom-	„	167.70
mandit.	„	155.80
Basler Bankver.	„	157.50
Darmstädter Bank	„	157.50
Handelsgesellsch.	„	157.50
Wachsel und Sorten.	„	169.05
Wachsel a. Amst.	„	169.05
„ London	„	20.34
„ Paris	„	80.51
„ Wien	„	177.90
Napoleonend'or	„	16.15
Privatdiskonto	„	3%
Bad. Zudenfabrik	„	87.60
Nachbörse.	„	272 1/4
Kreditaktien	„	219.20
Staatsbahn	„	115 1/2
Lombarden	„	115 1/2
Tendenz: matt.	„	—
Berlin.	„	—
Def. Kreditakt.	„	175.60
Staatsbahn	„	110.—
Lombarden	„	53.50
Dist.-Kommand.	„	217.50
Marienburg	„	64.—
Dortmunder	„	86.60
Karlsruhe	„	142.—
Tendenz: —	„	—
Wien.	„	307.40
Marktnoten	„	56.10
Ungarn	„	103.80
Tendenz: still.	„	—
Paris.	„	—
3% Rente	„	95.40
Spanier	„	76.10
Türken	„	19.20
Ottomane	„	623.—
Tendenz: —	„	—

